Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

O.: Der diplomatische Kampf zwische Preußen und Oestreich.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Visual Library

Der diplomatische Kampf zwischen Preußen und Oestreich.

Als am Nachmittag des 14. Mai der engere Rath der zu Bamberg vertretenen Staaten Sitzung hielt (Herr v. Varnbüler möge uns die Bemerkung gestatten, daß er schlecht unterrichtet war, als er vor wenigen Tagen in der würtembergischen zweiten Kammer das Vorhandensein eines größeren und kleineren Rathes auf den Conferenzen in Abrede stellte), als also nach Entfernung der thüringischen Minister die der südwestdeutschen Gruppe conferirten, stellte Badens Vertreter bekanntlich den Antrag auf „bewaffnete Neutralität". In dem vertraulichen Protokoll, welches über diese Ministerberathung geführt wurde, heißt es darauf wörtlich: „Dieser Auffassung schloß sich jedoch keine Stimme an. Es wurde derselben vielmehr allseitig entgegengehalten, daß Neutralität, sei es unbewaffnete oder bewaffnete, mit den Grundgesetzen des Bundes und den Bundespflichten in unlösbarem Widerspruche stehe. Nach Art. 11 der Bundesacte und Art. 19 der Schlußacte sei die Gesammtheit des Bundes verpflichtet, jedem Friedensbruche entgegenzutreten und den Besitzstand und Bundesfrieden zu wahren. Allerdings sei zur Zeit weder für Oestreich noch für Preußen Partei zu ergreifen und insofern eine selbständige Haltung einzunehmen, aber nicht mit dem eventuellen Gedanken der Neutralität bei ausbrechendem Kampfe, sondern mit dem der Abwehr des Friedensbruches, wobei die Bundesversammlung auf Anrufen des Bedrohten oder Angegriffenen zu entscheiden haben werde, wer der Friedensbrecher sei."

Grade wenn diese Zeilen vor den Leser treten, findet die verhängnißvolle Sitzung der Bundesversammlung statt, welche nach dem östreichischen Antrag über Preußens Friedensbruch entscheiden soll. Betrachten wir dazu noch einmal die Frage, wer als Friedensbrecher anzusehen ist. Wir wollen auf blos Formelles keinen Werth legen, sondern unbefangen die Gesammtentwicklung der Dinge ins Auge fassen. Und unsere Gegner werden in dem Folgenden vielleicht einige ihnen erfreuliche Concessionen finden.

Man irrt wohl nicht, wenn man annimmt, daß Graf Bismarck auch in der deutschen Frage seit langer Zeit ein bestimmtes Programm sich gebildet hat. Ueberwunden ist der Standpunkt, der da meinte, der preußische Ministerpräsident sei nur als reactionärer Junker zu verstehen, der von Zeit zu Zeit seltsame Einfälle habe. Die Einfälle haben im Lauf der Jahre Zusammenhang erhalten, auf die einmal ausgespielten Schlagworte ist in geeigneten Momenten und mit verstärktem Nachdruck zurückgegriffen worden, und wir zweifeln nicht,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

daß wir mit einem im Ganzen consequenten, über die Ziele sicheren, über die Mittel nicht wählerischen System zu rechnen haben. Wir glauben ferner, daß der Schwerpunkt dieses Systems weit mehr in der Behandlung der deutschen Frage (natürlich wie Graf Bismarck sie versteht), als in der Aufrichtung des reactionären Regiments im Innern beruht. Nicht als ob letzteres ihm unsympathisch gewesen wäre, — aber seit der hohen Schule in Frankfurt stand es ihm doch nur in zweiter Linie; es war das Mittel für ihn, zur Macht zu gelangen, um dann aus dieser Position heraus die Stellung Preußens nach außen, deren schmachvolle Einflußlosigkeit er selbst bitter empfunden hatte, von Grund aus umzugestalten. Uebrigens wie dem auch sei: mag die Permanenzerklärung der Verfassungsverletzung Endzweck oder nur Mittel gewesen sein, — zuviel ist geschehen, was nicht in wenig Wochen vergessen werden kann, ein Vergleich zwischen dem gegenwärtigen Ministerium Bismarck und der liberalen Partei ist unmöglich; wohl aber dürfen wir der nicht gewöhnlichen Begabung des Mannes Anerkennung, der Energie seines patriotischen Empfindens, wieweit es auch in der Art von dem unsern abweiche, Achtung zollen.

Dieser unserer Auffassung entspricht es, wenn wir annehmen, daß Graf Bismarck die Allianz mit Oestreich in der festen Absicht geschlossen hat, Preußen gekräftigt daraus hervorgehen zu lassen. Und zwar wird er schon damals die Eventualitäten, unter denen dies zu ermöglichen wäre, in Betracht gezogen haben; selbstverständlich nur mit dem Auge des Diplomaten, der kühl die realen Machtverhältnisse berechnet und moralische Factoren zu gering anschlägt. Von diesem Standpunkt aus erforderte eine Kräftigung Preußens in Deutschland vorerst eine Trennung der dem Staat bisher ungeneigten Kräfte, also Oestreichs und des Bundes; und so weit war der Abschluß der preußisch-östreichischen Allianz, der diese Trennung einleitete, zumal kurz nach dem frankfurter Fürstencongreß allerdings ein glänzender Schachzug. Und in gleicher Weise wurde weiter operirt: am 1. Februar begann der Krieg, und schon im Februar stöhnte Oestreich unter der eisernen Umarmung seines Bundesgenossen. Schlag nach Schlag fiel auf den Bund; man drohte, man imponirte mit seiner Großmachtsstellung, man terrorisirte, man ignorirte; und das alles gemeinsam, zu Ehren der Allianz; gemeinsam endlich drängte man die Bundestruppen aus Holstein, — der Bruch zwischen Oestreich und seinen früheren guten Freunden war vollendet. Jetzt wandte sich Bismarck auch gegen Oestreich. Es folgten Herausforderungen und Demüthigungen, eigenmächtig ward Polizei geübt, eigenmächtig der kieler Hafen occupirt; Oestreich wollte die preußische Allianz nicht aufgeben, und die Condominatsperiode schloß mit Gastein. Schon damals schien Bismarck zum Aeußersten entschlossen; über ihre Minister hinweg fanden die beiden Herrscher noch einmal die versöhnende Formel.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Man wird dieser Schilderung keine Schönfärberei zu Gunsten Bismarcks vorwerfen können. Aber wie? hat all diese Schläge gegen den Bund Oestreich nicht mitgeführt? hat je in dieser ganzen Periode Oestreich anders gestimmt als Preußen? hat es je Neigung gezeigt, sich majorisiren zu lassen und ehrlich Folge zu leisten? Oder war es etwa zu schwach, eine selbständige Haltung einzunehmen, zwang es die Noth zu blinder Abhängigkeit von dem alliirten Staat? Graf Rechberg hatte von vornherein über Herrn v. Bismarcks Intentionen sich keinen Illusionen hingeben dürfen: die Note, die Ofen-Pesth als wünschenswerthen Schwerpunkt Oestreichs bezeichnete, befand sich im Archiv des wiener Auswärtigen Amts und ist wahrscheinlich niemals, auch nicht im freundschaftlichen Gespräch der beiden Staatsmänner, dementirt worden; aus zuverlässiger Quelle wenigstens verlautete später: als die Allianz noch in voller Blüthe stand und König Wilhelm und sein Premier in glänzenden Festen in Wien gefeiert wurden, da habe Graf Bismarck an jene Note scherzhaft erinnert, zum peinlichsten Erstaunen jenen Standpunkt durchaus aufrechterhalten. Trotzdem hatte man die Allianz geschlossen, trotzdem hielt man an ihr fast würdelos fest; was war der Grund? Und hier ist die Antwort auf all die gegenwärtigen Versicherungen von Oestreichs Uneigennützigkeit: Man wußte in Wien genau, daß jede Regelung der schleswig-holsteinschen Frage im deutschen Sinne naturgemäß Preußen zu Nutzen kommen mußte. Die Herzogthümer lagen nicht in Oestreichs Machtsphäre, deshalb hatte man sie schon einmal preisgegeben, deshalb perhorrescirte man in Wien jahrelang die ganze Angelegenheit, deshalb suchte man jetzt mit Hilfe der Allianz die Herzogthümer bei Dänemark zu erhalten, deshalb protegirte man all die schönen Projecte von Personalunion, von Austritt Holsteins aus dem deutschen Bund, von Eintritt Gesammtdänemarks in denselben (lauter Phasen, die die Angelegenheit wirklich im inventiösen Kopf des Grafen Rechberg durchgemacht hat), deshalb ließ man sich so widerwillig weiter nordwärts treiben, deshalb beklagte man so schmerzlich die unvermuthete Hartnäckigkeit Dänemarks, die in Berlin bejubelt wurde. Beide alliirte Heere haben mit gleicher Tapferkeit gekämpft; aber daß die Diplomatie nicht verdorben hat, was die Waffen gutgemacht hatten, haben die Herzogthümer wahrlich nicht Graf Rechberg zu danken. Das Mißtrauen gegen Preußen war der Kitt der Allianz, und nun spreche man noch von östreichischer Uneigennützigkeit. Gab es einen größeren Gewinn für Oestreich, als Preußen da nichts gewinnen zu lassen, wo es wenn irgendwo fast ohne Zuthun gewinnen mußte?

Wenn Graf Rechberg nicht reussirte, wenn Oestreich mehr und mehr zurückgedrängt wurde, was ist der Grund anders, als daß Graf Bismarck schlauer als Graf Rechberg war? Dieser hatte jenen überlisten wollen, nun überlistete jener diesen. Weil die Metternich und Schwarzenberg Decennien hindurch

schlauer gewesen waren als ihre preußischen Collegen, hatten diese darum die Verpflichtung übernommen, nie von ihren Meistern zu lernen? Woher der Lärm heut in Wien? Interessen stehen gegen Interessen, von der Nation war bis auf den preußischen Reformplan weder dort noch hier die Rede.

Wenden wir uns zum neueren Stadium der Frage. Das Palliativmittel Gastein hatte, wie vorauszusehen, nichts gefördert. Bismarck trieb zur Entscheidung: Oestreich sollte Preußens naturgemäßen Forderungen entweder gutwillig oder gezwungen nachgeben; das erstere war ihm unzweifelhaft lieber, aber er war auch auf das letztere gefaßt. Vielleicht hätte man sich doch noch in Wien zum ersteren entschlossen, um die für die gesammtöstreichischen Verhältnisse doch sehr vortheilhafte Allianz trotz allem zu conserviren; aber von Kiel aus wurde unablässig geschürt, die gegenseitige Erbitterung stieg; im Februar d. J. schien man an der Grenze freundlichen Einvernehmens angelangt. In Berlin wurde ein geheimnißvolles Conseil abgehalten, danach folgten in den officiösen Blättern unbestimmte Drohungen. Das ist Diplomatenart: Graf Bismarck arbeitet mit demselben Handwerkszeug, womit die Grafen Rechberg und Mensdorff arbeiten. Oestreich ging in die Falle. Statt um Aufklärung zu bitten und dann zu hören, was jetzt bekannt ist, daß nämlich das Conseil friedfertig geschlossen, schickte es einige Truppenzüge an die Nordgrenze und erhub gleichzeitig in der officiösen Presse ein gewaltiges Kriegsgeschrei. Nur wenige Tage, denn das Manöver mißglückte: man hatte blos imponiren wollen und erkannte nun, daß man Bismarck wahrscheinlich nichts Erwünschteres hätte anthun können. Ein verfehlter Schachzug; die Parole in Wien wurde geändert. Aber schon war es zu spät: in Berlin schienen Gegenrüstungen nothwendig, Bismarck sah sich nach Bundesgenossen um, — so ähnlich wenigstens verlautete aus den Blättern. Nun rüstete Oestreich stärker, die Andern folgten; man betrat die abschüssige Bahn, auf der kein Haltens ist. Aber wie oft der Argwohn die Dinge erst schafft, die er bekämpft, so auch hier: wir sind überzeugt, daß die eigentlichen Rüstungen Preußens erst begannen, daß später der Allianzvertrag mit Italien erst unterzeichnet wurde, als man in Oestreich jene längst vorgeschritten, diesen längst abgeschlossen glaubte. Denn Graf Bismarck ist nicht der König und ist nicht das Land. Des Königs Ehrlichkeit gestattet nicht die Annahme eines von ihm getriebenen diplomatischen Spiels; und ist nicht das Land selbst durch die maßlos verkehrte Haltung, die man in Wien seitdem eingenommen, auch auf den Punkt gelangt, den Krieg für kaum noch mit Ehren vermeidbar anzusehen? Man glaube doch nicht, daß ein einzelner Minister, sei er noch so mächtig, Menschen und Dinge am Draht zu lenken vermag; mag Graf Bismarck den Krieg gewünscht haben oder nicht, den Krieg ermöglichen konnte ihm nur Oestreich.

Und nun folgte die neueste Phase, wo der Unverstand der Kriegspartei und der alte Dünkel des heiligen römischen Reichs vollends in der Hofburg triumphirte. Die neutralen Mächte versuchen zu vermitteln, die Conferenz wird ausgeschrieben, und nachträglich stellt Oestreich Bedingungen, die sie unmöglich machen; es hatte gehofft, sie von Italien oder Preußen zurückgewiesen zu sehen, in nüchtern verständiger Auffassung übernahmen die Neutralen das Geschäft. — Graf Mensdorff hat Unglück mit seinen Schachzügen. Nun freilich schmäht man in Wien Frankreichs, Rußlands, Englands Verdict und zeiht Preußen geheimen Einverständnisses mit dem Ausland; und doch ließen sich Bände füllen, wollte man nur aus den letzten Monaten die Aeußerungen zusammenstellen, worin die wiener Blätter, officiöse wie unabhängige, höhnend auf Preußens Isolirung hinweisen und sich zuversichtlich der Beihilfe ebendesselben Frankreichs, Rußlands, Englands rühmen. Dergleichen ist freilich nur in der östreichischen Publicistik möglich: heut bejubelt man Oestreichs Erklärung am Bunde als einen „vollständigen Riß" durch den gasteiner Vertrag, und morgen schon erklärt man es für perfid, daß die preußische Regierung einen Vertragsbruch darin findet. Oder geschieht es vielleicht deshalb, weil der Bruch nicht vollständig ist? weil man, trotz des Eintretens für das „bedrohte Bundesrecht", die Position in Holstein nicht auf-, den Kaufschilling für Lauenburg nicht herausgiebt? Ach, diese sprichwörtliche Pfiffigkeit der östreichischen Diplomaten ist alt geworden und wirkungslos: sie begeht einen Vertragsbruch, um Preußen außer Fassung zu setzen, und Graf Bismarck nimmt ihn gelassen auf und acceptirt ihn als Rückkehr zum früheren Zustand. Dem Mann ist nicht beizukommen; früher drohte er, heftig und formlos, jetzt, je erregter man selber wird, je friedfertiger ist sein Auftreten, je gemessener klingt seine Sprache. Oestreich ist es, das jetzt den Krieg will, und wenn man Graf Bismarck in noch so ungünstigem Lichte betrachtet, kann man höchstens sagen: es ist ihm gelungen, Oestreich nicht blos scheinbar, sondern wirklich ins Unrecht zu bringen.

Das ist der entscheidende Punkt: Ein diplomatisches Spiel ist gespielt worden, dessen Mittel wir (wohlverstanden die Mittel auf beiden Seiten) verwerflich finden können. Wenn aber Graf Mensdorff von Graf Bismarck überlistet wird, was in aller Welt sollen denn wir darüber klagen? was wäre uns geholfen, wenn Graf Rechberg und Graf Mensdorff schlauer als Graf Bismarck gewesen wären? Ein moralisches Moment ist nirgend zu finden, das uns auf diese oder jene Seite zöge. So mag denn einfach auch unser Interesse gelten: jetzt steht der preußische Staat gegen den östreichischen, Hohenzollern gegen Habsburg; der liberalen und nationalgesinnten Partei darf die Wahl, wo mit ihren Wünschen zu weilen, nicht zweifelhaft sein. Vom ersten Rudolf an haben die Habsburger die todten Formen des Reichs conservirt; mochte der Organismus

des Reichs zerfallen sein, es galt, den Mechanismus zu erhalten, um mittels desselben im eigenen Interesse zu operiren. So im deutschen Reich, so im deutschen Bund. Es ist wahr, Preußen hat oft den Bund mißachtet, wie Friedrich der Große nach der Ansicht mancher das Reich mißachtete; aber wie dieser einen staatlichen Organismus an die Stelle abgelebter und zerbröckelnder Elemente setzte, so bietet Preußen mit Parlament und Reform Mittel zu gesunder Neugestaltung. Es ist kein preußischer, sondern ein östreichischer Historiker, und ein gut östreichisch gesinnter, der von der Zeit nach dem Interregnum schreibt: „Wenn schon das Reich selbst zu keiner vollkommeneren Regierung, zu keiner einheitlichen Gestaltung, zu keiner durchgreifenden inneren Verbesserung kam, so bot es noch durch Jahrhunderte den bequemen Steigbügel dar, um hoch zu Rosse mit erobernder Hand Länder zu erwerben und Dynastien zu gründen. Jetzt war es Rudolf, der im Sattel saß." Die Zeiten sind freilich vorüber; heut gilt es für Habsburg nicht mehr, „Länder zu erwerben und Dynastien zu gründen"; man wirft wohl noch einen lüsternen Blick auf eine ehemals besessene Provinz, im Ganzen aber begnügt man sich in seiner „Uneigennützigkeit", das Bestehende zu erhalten. Wir aber wissen, daß Deutschland am Bestehenden krankt, und daß wir nicht gesund werden ohne Erneuerung.

D.

Brief aus Schwaben.

Einen hervorragenden Antheil der Schuld, wenn es zum inneren Bürgerkrieg in Deutschland kommen sollte, wird man einst den würtembergischen Staatslenkern zuerkennen müssen. In Würtemberg, wie in Nassau und Großherzogthum Hessen, ist die unbedingte Neigung zu Oestreich sehr früh und in sehr provocatorischer Weise zu Tage getreten. Schon seit Anfang März, also noch vor dem geheimen östreichischen Rundschreiben vom 16. März, fing das officielle Organ der würtembergischen Regierung an eine Sprache gegen Preußen zu führen, die in einem Regierungsblatt gradezu unerhört war. Mit den heftigen Ausfällen auf die preußische Regierung wie auf das preußische Volk verband sich bald ein widerliches Kokettiren mit dem Ausland, eine Rheinbündelei,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG